

Anfrage zu TTIP und Kommunen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Günther,

die Fraktion PIRATEN/LINKE bittet die Verwaltung zu prüfen:

1. welche Konsequenzen das derzeit von der EU-Kommission im Geheimen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) für die Stadt Mettmann hat, so z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, Energiepolitik und Umweltschutz wie auch für Tarife und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und auf die zugrundeliegenden Stadtwerke haben wird
2. inwieweit durch eine Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für die Mettmanner BürgerInnen, wie z.B. in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlichem Nahverkehr oder der Wasserversorgung, betroffen wären (siehe auch PTiSA als Folgeabkommen zu GATS)
3. im deutschen Städtetag zu beantragen, sich seitens des Städtetages gegen dieses geplante Abkommen zu positionieren und entsprechend sowohl bei der Bundesregierung wie auch bei der EU-Kommission zu intervenieren.

Fraktion PIRATEN / LINKE
Im Stadtrat Mettmann

Lutterbecker Straße 8
40822 Mettmann

Fraktionsvorsitz:
Ria Garcia
Mobil: 0173 8528408
Mail:
r.garcia@piraten-linke.me

Stellvertretender Vorsitz:
Jürgen Gutt
Mobil: 0171 9597849
Mail:
jgutt@piraten-linke.me

Web:
www.piraten-linke.me

Bankverbindung:
Kreissparkasse Düsseldorf
IBAN:
DE80 3015 0200 0002 1037 78
BIC: WELADED1KSD

Begründung:

Zur Zeit laufen die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und der USA. Offiziell ist das Verhandlungsmandat der EU für TTIP zwar nicht bekannt, tatsächlich aber kursiert das Dokument, in dem Art und Umfang dieses umfassenden Handels- und Investitionsabkommens festgelegt ist, im Internet.

Das Verhandlungsmandat scheint, wie u.a. der bayrische Städtetag betont, auch kommunal-relevante Handlungsbereiche, etwa das öffentliche Auftragswesen,

Energiepolitik und Umweltschutz, und sogar die Trinkwasserversorgung zu umfassen. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly führt in einer Pressemitteilung zu TTIP aus: „Die EU-Kommission könnte in Zukunft mit Hinweis auf internationale Abkommen eine Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa durchsetzen.“

Die globalisierungskritische Organisation Attac befürchtet: „Das öffentliche Beschaffungswesen soll auf allen Ebenen geöffnet werden. Soziale und ökologische Aspekte könnten dann nur noch sehr eingeschränkt bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden. Dies könnte auch als Einfallstor dienen, um die Wasserversorgung (selbst in den USA noch überwiegend in kommunaler Hand) zu privatisieren. Die Folge einer solchen Privatisierungswelle wären steigende Preise und sinkende Qualität.“

Die Befürworter/innen des Abkommens hoffen auf einen weiteren Schub des Welthandels, auf neue Jobs und Einkommenszuwächse für die Bewohner/innen. Attac fasst mögliche Auswirkungen wie folgt zusammen: „bezahlen müssen es die BürgerInnen in der EU und USA mit einem beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechten, Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen, ja sogar unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit.“

Ein weiterer Kritikpunkt ist der sog. Investorenschutz, ein Sonder-Klagerecht für Unternehmen. Demnach soll für ausländische Konzerne die Möglichkeit geschaffen werden, vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen zu können, wenn Gesetzesänderungen ihre Investitionstätigkeiten oder Gewinnerwartungen einschränken. Dadurch wird ein zweites völlig intransparentes Rechtssystem geschaffen und die gängigen Rechtswege werden ausgehebelt. In der Konsequenz steht zu befürchten, dass Staaten künftig lieber auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, bei Sozialstandards oder im Umweltbereich verzichten, als sich mit transnationalen Großkonzernen anzulegen. Attac nennt die Klage des schwedischen Vattenfall-Konzerns – nach dem Atomausstieg klagt der Energiekonzern vor einer internationalen Schiedsstelle auf 3,7 Mrd. Euro Schadensersatz – als Beispiel für eine solche undemokratische Praxis.

Das Bündnis Stop TTIP für eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die internationalen Handels- und Investitionsverträge TTIP und CETA hat Widerstand gegen die heute verkündete Entscheidung der EU-Kommission angekündigt, die EBI nicht zuzulassen. „Jetzt geht die Auseinandersetzung erst richtig los“, erklärt Michael Efler, Kontaktperson der Europäischen Bürgerinitiative, für das mittlerweile knapp 230 Organisationen aus 21 EU-Ländern umfassende Bündnis. „Die Ablehnung der Bürgerinitiative reiht sich ein in die Strategie der EU-Kommission, Bevölkerung und Parlamente aus den Verhandlungen um CETA und TTIP rauszuhalten. Statt Bürgerinnen und Bürgern werden hier lieber Lobbyisten gehört.“

Links:

- <http://stop-ttip.org/europaeische-kommission-will-buergereinfluss-bei-ttip-und-ceta-ausschalten>
- <http://www.bay-staedtetag.de/index.php?id=9511%2C133>
- <http://www.kanadischesrecht.de/wirtschafts-und-handelsabkommen-ceta-zwischen-kanada-und-der-europaeischen-union.html>
- <http://corporateeurope.org/trade/2013/11/eu-canada-trade-agreement-more-100-organizations-oppose-dangerous-investor-rights>
- <http://www.vku.de/wasser/ordnungspolitik/freihandelsabkommen-ttiprechtsgutachten-unterstreicht-vku-forderung-nach-ausnahmeregelung-fuerdie-kommunale-wasserwirtschaft.html>
- <https://www.campact.de/presse/mitteilung/ceta/appell/ttip-und-ceta-beschneiden-demokratie/>
- <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2594&rubrik=142>
- <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2740&rubrik=2>
- <http://power-shift.de/?p=1631>
- <http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/freihandelsfalle-ttip/>
- <http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/aktionen/mdb-brief/>
- <https://icsid.worldbank.org/ICSID/Index.jsp>